



Kommentar zum Wirtschafts- und Finanzgeschehen

Asset Manager, Vermögensverwalter, Fondsmanager sowie Finanzmarkt- und Börsenexperten beziehen Stellung. Diesmal:

Dr. Holger Schmitz, Fondsberater des Schmitz & Partner Global Offensiv Fonds und des Schmitz & Partner Global Defensiv Fonds

Dr. Holger Schmitz begann nach einer Banklehre bei der Deutschen Bank und dem Studium der Betriebswirtschaftslehre in Essen 1988 als Portfolio- und Fondsmanager bei der FIDUKA Depotverwaltung in München und machte sich im Jahre 1993 als Vermögensverwalter selbstständig. 1997 erfolgte die Gründung der SCHMITZ & PARTNER AG – Privates Depotmanagement in der Schweiz (Tessin), die mittlerweile individuelle Depots von über 40 Kunden und Publikumsfonds mit einem gesamten Volumen von rund 100 Mio. Schweizer Franken verantwortet.

Der gierige Staat: Warum Aktien mehr Sicherheit bieten als Immobilien

Das eigene Haus als Altersruhesitz oder einige Eigentumswohnungen in beehrter Lage – keine andere Anlageklasse genießt hierzulande so viel Vertrauen wie die Immobilie. Doch dieses Vertrauen könnte bitter enttäuscht werden: Als klassische Sachwerte sind Immobilien zwar weder den Schwankungen auf dem Aktienmarkt noch den derzeit fallenden Zinsen bei Staatsanleihen ausgesetzt – gefährdet sind sie dennoch.

Die Gefahr für alle Häuslebauer und Wohnungseigentümer lauert in der Politik. Denn angesichts der sich zuspitzenden Eurokrise sieht sich die deutsche Regierung einem großen Finanzbedarf gegenüber. Bereits heute wird ein Großteil davon durch das Vermögen der Bürger gedeckt – mithilfe der niedrig verzinsten Staatsanleihen. Diese schleichende Enteignung könnte – wie kürzlich vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) vorgeschlagen – durch die Einführung einer Zwangsabgabe auf Vermögen noch verstärkt werden. Das DIW empfiehlt solche Abschöpfungen von Privatvermögen dabei ganz offen als Ausweg aus der immensen Staatsverschuldung.

Immobilienbesitz im Fokus der Steuerpolitik

Die Besteuerung von Immobilien ist für den Staat deshalb so interessant, weil hier knapp die Hälfte des derzeit rund 10 Bio. Euro betragenden deutschen Privatvermögens der Bundesbürger schlummert. Eine einmalige Vermögensabgabe von beispielsweise 20% auf alle Immobilien in Deutschland brächte dem Staat also über 1.000 Mrd. Euro ein – knapp die Hälfte der

derzeitigen Staatsverschuldung. Angesichts der aktuellen politischen Entwicklung liegt eine solche Maßnahme durchaus im Bereich des Möglichen. Daher raten wir von übermäßigem Immobilienbesitz ab.

Bereits in der Vergangenheit waren Immobilien regelmäßig das Ziel staatlicher Abschöpfungs- und Enteignungsmaßnahmen. Nach dem Reichsnotopfer von 1919, bei dem die Vermögenssteuer bis zu 65% betragen konnte, trat 1924 die Gebäudeentschuldungssteuer in Kraft, die auch „Hauszinssteuer“ genannt wurde. Durch sie konnte sich der Staat am Vermögen von Haus- und Grundbesitzern beteiligen, die dank ihres Immobilienbesitzes nicht von der massiven Inflation bedroht waren. Zur Finanzierung des Wiederaufbaus und zur Entschädigung von Kriegsgeschädigten wurde 1952 schließlich das Lastenausgleichsgesetz verabschiedet, das Vermögens-, Hypotheken- und Kreditgewinnabgaben umfasste. Ein pikantes Detail: Auf Webseiten, die der öffentlichen Hand zuzurechnen sind, werden diejenigen Paragraphen des Lastenausgleichsgesetzes ausgeblendet, in denen die Zahlungsverpflichtungen definiert wurden.

„Leere Staatskassen“ sind ein Mythos

Der Grund für den Geldbedarf des Staates liegt dabei nicht nur in der aktuellen europäischen Schuldenkrise. Auch wenn die Befürworter der Vermögensabgabe nicht müde werden zu behaupten, dass der Staat ein Einnahmenproblem habe – die „leeren Staatskassen“ sind ein Mythos. In diesem Jahr wird der Staat mit

über 600 Mrd. Euro die höchsten Steuereinnahmen in der Geschichte der Bundesrepublik erzielen. Die Kassen sind also voller denn je. Das wahre Problem liegt in den übermäßigen Ausgaben. Sie sind der Grund für das deutsche Finanzdefizit und eine Debatte darüber stünde der Politik gut zu Gesicht. Denn die fiskalischen Probleme lassen sich nicht einfach durch das Besteuern von Privatvermögen lösen. Bund, Ländern und Gemeinden reicht ihr derzeitiges Budget vor allem deshalb nicht aus, weil es ein strukturelles Problem gibt, auf das unter anderem der Düsseldorfer Steuerrechtler Thomas Koblenzer hinweist: Die untere Mittelschicht und die Unterschicht erhalten wesentlich mehr Leistungen, als sie an volkswirtschaftlichem Wertschöpfungsbeitrag erbringen.

Solange es keine Strukturveränderung gibt und das Ausgabenproblem des Staates nicht angegangen wird, wird die deutsche Regierung entweder weiter Schulden machen oder sich durch Enteignung von Vermögenden – und eben auch Immobilienbesitzern – das nötige Geld besorgen. Die aktuellen Überlegungen zur Umverteilung und einmaligen Vermögensabgabe werden sich im Jahr 2013, spätestens jedoch nach der Bundestagswahl im Herbst, daher häufen.

Immobilienbesitz ist also nicht die sichere Bank, als die sie von vielen Anlegern angesehen wird. Hier im großen Stil zu investieren, ist ähnlich riskant bis vermögensvernichtend wie der Kauf von Staatsanleihen, der Erwerb von Lebensversicherungen für die Altersvorsorge oder das Parken von Vermögen auf Tages- oder Festgeldkonten, deren Zinsen heute in der Regel deutlich unterhalb der Inflationsrate liegen. Wenn Anleger wollen, dass ihr Vermögen seinen Wert behält oder im Wert wächst, müssen sie ihr Sparverhalten grundlegend ändern.

Aktien schützen das Vermögen vor der staatlichen Gier

Der Gefahr eines staatlichen Zugriffs deutlich weniger ausgesetzt ist der Besitz von Aktien. Denn in Aktien sind nur rund 4,8% des deutschen Privatvermögens, also rund 200 Mrd. Euro, angelegt. Damit würde eine einmalige Vermögensabgabe von 20% hier deutlich weniger einbringen als bei den Immobilien – nämlich nur rund 40 Mrd. Euro.

Anleger haben in Bezug auf Aktien aber nach wie vor Angst vor den Kursschwankungen an den Märkten. Dass Aktien deswegen ein unsicheres Investment sind, ist allerdings ein Trugschluss. Denn Aktien reflektieren die langfristigen Unternehmensgewinne der Zukunft. Die Schwankungen an den Aktienmärkten sind eher Preis- als Wertschwankungen. Letztlich ausschlaggebend ist bei Aktien immer der Wert des Unternehmens – wenn dieser hoch ist, wird der Preis langfristig auch nicht ins Bodenlose fallen können. Vielmehr kehrt der Preis langfristig immer wieder zum Wert des Unter-

nehmens zurück, sodass kurzfristige Schwankungen wenig aussagekräftig sind.

Wer in Aktien sorgfältig ausgewählter Unternehmen investiert, fährt dabei langfristig gute Gewinne ein – ohne ein hohes Risiko einzugehen. Dazu sollten Anleger auf Anteilsscheine solider Firmen mit starken Bilanzen und langfristig stabilen Wachstumsaussichten setzen. Um zu prüfen, wie es um die Gesundheit und Zukunftsfähigkeit der Unternehmen steht, eignet sich ein Blick auf die Eigenkapitalquote: Ist diese wichtige Kennzahl hoch, können temporäre Verluste besser abgedeckt werden. Zudem ist das Unternehmen unabhängig von Fremdkapitalgebern. Besonders mittlere und kleine Unternehmen überzeugen häufig durch hohe Eigenkapitalquoten und brechen in einer Krise nicht wie ein Kartenhaus zusammen.

Haltedauer ist das A und O

Das A und O bei Aktieninvestments ist die Haltedauer. Dabei gilt: Je länger, desto besser. Gerade bei gesunden und bilanzstarken Unternehmen sind keine kurzfristigen hohen Gewinne zu erwarten – dafür aber ein solides und nachhaltiges Wachstum. Der Rat von André Kostolany „Kaufen Sie Aktien und nehmen Sie Schlaf-tabletten – wenn Sie nach vielen Jahren wieder aufwachen, haben Sie Geld verdient“ stimmt noch heute.

Die Haltedauer ist auch wichtiger als der Einstiegszeitpunkt. Denn entgegen landläufiger Meinungen hat der Einstiegszeitpunkt langfristig nur geringe Auswirkungen auf die Wertentwicklung des Investments. So hätten beispielsweise alle Anleger, die an einem beliebigen Tag im Jahr 1982 in den MSCI Germany investierten und ihre Anlage nach 30 Jahren zur Jahresmitte 2012 verkauften, eine jährliche Rendite von rund 6,8% erzielt. Dabei hätte der Einstieg zum niedrigsten Kurs 6,96% und der Einstieg zum höchsten Kurs 6,4% eingebracht – eine Differenz von gerade einmal 0,56%.

Das Warten auf den richtigen Zeitpunkt kann vor allem aktuell kein Argument sein, keine Aktien zu kaufen. Denn Aktien waren noch nie so günstig wie heute. Durch die Turbulenzen in Europa und den USA sind Anleger vorsichtig geworden. Viele neigen dazu, Aktien in Bausch und Bogen zu verdammen. Das wiederum führt zu einer teilweise massiven Unterbewertung der Anteilsscheine gesunder und zukunftssicherer Unternehmen – kurz gesagt: Die Zukunft von Aktien sieht vielversprechend aus. Es spricht einiges dafür, dass wir vor einem goldenen Jahrzehnt der Aktie stehen.

Damit haben Anleger die Wahl: geringe Kursschwankungen und garantierte Kaufkraftverlust mit Festgeld oder Anleihen, potenzielle Kaufkraftverluste und staatliche Enteignungen mit Immobilien oder stärkere Kursschwankungen und langfristiger Kaufkraftzuwachs mit Aktien. Wie würden Sie entscheiden? ■